Archäologische Zone / Jüdisches Museum

Ein Statement von Peter Busmann.

Aus meiner Sicht hätte die durch den Krieg entstandene Freifläche mit schönem Baumbestand vor St. Alban unbebaut bleiben können – so empfanden es damals Rat und Bürgerschaft, und es wurde so beschlossen. Dann wurde der Südteil als Standort für das Wallraf-Richartz-Museum vorgesehen, nachdem ich mit meiner Idee des Standorts am Domchor wegen des massiven Widerstands der Kölner Architektenschaft gescheitert war. Der mächtige Bau des Kollegen Ungers sprengte mit seiner Höhe die Reminiszenz des historischen Stadtbildes, hat aber die Kraft, den neuen Rathausplatz im Süden qualitätsvoll zu fassen.

Meine eigenen städtebaulichen Prämissen stellte ich hintenan, als im Zusammenhang mit der Weiterführung der historischen Ausgrabungen – finanziert durch einen eigenen Trägerverein – die **Idee eines jüdischen Hauses** entstand, die vor allem durch ihre Funktion als lebendige **Begegnungsstätte und Ort für gegenwartsbezogene, jüdische Kunst und Kultur** überzeugte – selbstverständlich in Verbindung mit Ausstellungen der dort gefundenen Zeugnisse zur Geschichte jüdischer Bürger in Köln.

Die im Architektenwettbewerb getroffene Entscheidung für eine in die Archäologische Zone integrierte bauliche Lösung stellt sich im Rückblick als verhängnisvoll heraus: Nachdem das Finanzierungsmodell gescheitert war, wurde der Entwurf der preisgekrönten Architekten ausgerechnet um die lebendigen Funktionen verkleinert, mit einem auch städtebaulich nicht überzeugenden Ergebnis. Schon zu diesem Zeitpunkt hätte man das machen müssen, was jetzt von vielen gefordert wird: **Innehalten und die Entscheidung auf ihre Tauglichkeit überprüfen.**

Angesichts der Zerstrittenheit des wissenschaftlichen Beirats der Archäologischen Zone und der immer lauter werdenden Kritik an deren Grabungsleiter wäre ein Nachdenken der Verantwortlichen mit objektiver Evaluierung des Vorhabens erforderlich gewesen. Völlig unverständlich: Das Fehlen einer effektiven Projektsteuerung des Gesamtvorhabens und das Fehlen einer professionellen Kostensteuerung und Kostenkontrolle.

Als am 11. Januar 2013 von kritischen Bürgern öffentlich **ein Moratorium für alle Kölner Großprojekte** gefordert wurde**,** darunter auch der Neubau Jüdisches Museum, habe ich begonnen, mir selbst – als Bürger und Baufachmann – Klarheit über die Situation zu verschaffen, und zwar in drei Schritten:

<u>Schritt 1</u>

Nochmalige intensive Besichtigungen (mit kompetenter Führung) der gesamten Archäologischen Zone einschließlich Prätorium.

<u>Schritt 2</u>

Studium der Veröffentlichung „Archäologische Zone / Jüdisches Museum. Von der Ausgrabung zum Museum – Kölner Archäologie zwischen Rathaus und Praetorium. Ergebnisse und Materialien 2006–2012“ (offizielle Information der Stadt Köln).

Schritt 3

Gespräche mit Betroffenen, darunter

- drei (teils ehemalige) Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats der Archäologischen Zone. Besonders aufschlussreich waren die Informationen von Herrn Professor Dr. Hansgerd Hellenkemper, ehemaliger Direktor des Römisch Germanischen Museums Köln, und die des ersten Vorsitzenden Herr Dr. Gundolf Precht, ehemaliger Direktor des Archäologischen Parks Xanten, der bereits mit Herrn Professor Dr. phil. Otto Doppelfeld dort gegraben hatte,
- Vertreter der jüdischen Bürgerschaft, u.a. Herr Miguel Freund, Baronin Oppenheim und Herr Günther B. Ginzel, Gesprächskreis Christen und Juden beim Deutschen Evangelischen Kirchentag sowie langjähriger Vorstand im Verein Haus der jüdischen Kultur und Geschichte in Köln,
- Herr Professor Peter Canisius vom Aktionsbündnis Stadtbaukultur,
- Herr Professor Dr. Burkhardt Krems, Finanzexperte und Kenner des Kölner Haushalts sowie
- Herr Ludwig Theodor von Rautenstrauch – ihn befragte ich nach seinen Erfahrungen mit dem Amt für Gebäudewirtschaft beim Neubau des Rautenstrauch-Joest-Museums.

Kommentar zu Schritt 1

Die Strahlkraft des Prätoriums unter dem Spanischen Bau dürfte nicht annähernd von den neuen Ausgrabungen erreicht werden, abgesehen von den unbestrittenen Highlights, die in nuce bereits von Doppelfeld gefundenen Bauteile von Synagoge und Mikwe sowie die Überreste von jüdischen Bauten an Obenmarspforten. Letztere dürften, bedingt durch die Amputation des ursprünglichen Entwurfs wegen des Platzniveaus vor dem Wallraf-Richartz-Museum später nur eingeschränkt begehbar sein. Bei der Besichtigung blieb trotz Nachfragens bei der Grabungsleitung offen, wie sich in Zukunft für Besucher ein plausibler Übergang vom Prätorium sowie dem Untergeschoss des Historischen Rathauses zum neuen Ausgrabungsfeld gestalten soll. Offensichtlich soll der gesamte Bereich zwischen Rathauslaube und Spanischem Bau noch ausgegraben werden. Der diesbezügliche Aufwand einschließlich aufwändiger Überplattung sollte unbedingt in das Moratorium einbezogen werden, bezüglich vertretbarem Aufwand, Kosten- und Zeitablauf (schleierhaft bleibt, wie man dort während der Arbeiten noch in die Rasthauslaube und den Spanischen Bau gelangen kann).

Kommentar zu Schritt 2

Im Buch der Stadt sind lediglich die Grabungsbefunde umfangreich dokumentiert. Völlig unzureichend ist die Darstellung der gesamten Zone, da ohne Maßstab sowie mit unverständlichen bzw. schlecht lesbaren Erklärungen – besonders krass im Grundrissplan auf Seite 238.

Pläne mit maßstäblicher Darstellung der Integration des Jüdischen Museums fehlen völlig.

Nach dem Titel des Buches durfte man Grundrisse, Schnitte und Ansichten erwarten, nicht nur werbewirksame Präsentationsgrafiken.

Die Modelldarstellungen sind bruchstückhaft und widersprüchlich (Seiten 218, 262, 264). Die Proportionen des geplanten städtischen Restraums vor dem Wallraf-Richartz-Museum sind nicht nachprüfbar.

Zu den Kosten gibt es nur eine Zahl, nicht differenziert nach den Kategorien Archäologische Zone, Jüdisches Museum und Umbau des Untergeschoss des Rathauses.

Angaben zu den Folgekosten und zum zeitlichen Ablauf fehlen.

Angesichts dieser Kritik stellt sich die bereits öffentlich gestellte Frage nach dem Preis-Leistungs-Verhältnis der Arbeit der Firma Bader (Contract publishing).

Kommentar zu Schritt 3

Nach den Gesprächen stellten sich folgende Punkte als besonders fragwürdig heraus:

- Der offene Dissens zwischen Römisch-Germanischem Museum einerseits und Kulturdezernat inklusive des Teams der Archäologischen Zone andererseits.
- Krasse Widersprüche bei der Interpretation der Befunde, die unbedingt aufgeklärt werden müssen, sollte die Stadt nicht Gefahr laufen, sich vor der Weltöffentlichkeit zu blamieren.
- Das Fehlen einer Persönlichkeit bzw. Instanz, die das große Projekt im Ganzen und im Detail steuert und koordiniert. Nach den Erfahrungen beim Bau des Rautenstrauch-Joest-Museums ist kein Vertrauen mehr da, dass das Amt für Gebäudewirtschaft diese anspruchsvolle Funktion kompetent wahrnimmt. Bis heute kann z.B. das Depot nicht genutzt werden, das doch ein wesentlicher Anlass für den Neubau war.
- Spaltung von Rat, Bürgerschaft und operativen Instanzen bei der Beurteilung.

Zusammenfassender Kommentar mehrerer Gesprächsteilnehmer: **„Eine verfahrene Kiste, die nach einer neuen kreativen Phase verlangt**“.

„Köln könnte auch anders“, der Kommentar von KStA-Chefredakteur Peter Pauls zu meiner Ideenskizze (KStA v. 2./3. Februar): *„Der Architekt Peter Busmann hat einen Denkanstoß vorgelegt, der das Areal vor dem Rathaus als Platz erhält und zugleich dem Wunsch nach dem Museumsbau Rechnung trägt. Busmanns Idee ist, all den Bauwerken und Ausgrabungen Genüge zu tun, die diesen Platz ausmachen – das sind das Rathaus mit seiner historischen Fassade ebenso wie die Archäologische Zone und das Wallraf-Richartz-Museum. Peter Busmann steht als Architekt nicht nur für das Museum Ludwig und die Kölner Philharmonie. Er steht auch für ein Kölner Bürgertum, das sich mit einsamen Beschlüssen aus der Politik nicht abfinden will. Busmann sagt mit seinem Entwurf auch: Es gibt kein Entweder-Oder. Köln könnte auch anders.“*

Dazu möchte ich ergänzen: Nicht ein Gebäude, der Platz als solcher kann – qualitätsvolle Gestaltung vorausgesetzt – die Aufgabe erfüllen, an diesem Ort angemessen an die Geschichte der jüdischen Bürger zu erinnern. Die Horizontalität des Platzes und damit Veränderung der bisherigen „Schieflage“ schafft seitliche Einblicke in die archäologische Zone, vor allem im Süden auch deren Begehbarkeit. er heute so vielbeschworene Synergieeffekt könnte stattfinden, wenn man die große Fläche im Rathaus auf dem Niveau des Altermarktes (!) mit prominentem Eingang von dort nutzen würde, um die gefundenen Objekte zeitgemäß zu präsentieren. **Gang durch die Geschichte, durch die Römische Stadtmauer zu den ausgegrabenen Bodendenkmälern.** Ohne aufwändige weitere Ausgrabungen zwischen Rathauslaube und Spanischem Bau (s.o.) könnte man von dort auch direkt in das Prätorium gelangen, und so in vereinfachter Form die beiden wesentlichen Elemente – römische und jüdische Geschichte vereinen.

Sollte es durch das Moratorium zu einer Neubesinnung kommen, wünsche ich mir, dass ein Wettbewerb gestartet wird, und zwar mit Teilnehmern, bei denen Künstler, Architekten, Archäologen und Freiraumplaner miteinander ein Team bilden müssen. Dazu verweise ich auf die Erfahrung, die bei einer kleineren, aber im Wesentlichen vergleichbaren Aufgabe gemacht wurde – beim Bau der **Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal**.

Peter Busmann – Köln, den 26. Februar 2013